



Drucksachen-Nr.
4778/2020-2025

Datum:
19.09.2022

An den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld

Anfrage

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Stadt Bielefeld	03.11.2022	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Prozess für (mehr) kommunale Partizipation in Bielefeld

Text der Anfrage:

Die Stadt Bielefeld möchte gemäß Drs. 4425/2020-2025 mehr kommunale Partizipation in Bielefeld erreichen und hat dazu basierend auf einem Arbeitspapier einen Planungsprozess angestoßen.

Im begleitenden Arbeitsgremium soll auch ein Vertreter oder eine Vertreterin des „Netzwerks Bürger:innenbeteiligung“ sitzen, welches in einem Flyer (https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/Flyer_Demokratie_blau.pdf) damit wirbt, dass auch aktuelle oder frühere Vertreter von Politik und Verwaltung in ihm aktiv sind. Dies birgt für das Arbeitsgremium die Gefahr parteipolitischer Doppelstrukturen, im Zuge derer auf indirektem Wege ein – wenn auch nicht explizit in dieser Funktion benannter – zusätzlicher Vertreter einer politischen Partei in das Gremium Einzug halten könnte, was wiederum informelle Mehrheitsverhältnisse zugunsten bestimmter politischer Ausrichtungen bzw. zuungunsten anderer politischer Ausrichtungen begründen oder verstärken könnte.

Im zugrundeliegenden Arbeitspapier ist zudem von der Zielsetzung die Rede, dass das Thema Partizipation bei den Auszubildenden und Studierenden der Stadt Bielefeld eine besondere Rolle einnehmen soll.

Wir fragen die Stadtverwaltung:

Wie wird gewährleistet, dass im begleitenden Arbeitsgremium parteipolitische Doppelstrukturen im oben beschriebenen Sinne vermieden werden?

Erste Zusatzfrage:

Wird die Stadtverwaltung prüfen, ob und inwieweit im Rahmen des Vorhabens zum Zwecke von Synergieeffekten eine Kooperation mit Dozenten und Studenten der Hochschule für Polizei und Verwaltung NRW erfolgen kann?

Zweite Zusatzfrage:

Als wie wichtig erachten der Oberbürgermeister und die Verwaltung für den Prozess hin zu mehr Partizipation eine offene und politisch tolerante Dialog- und Diskurskultur in der Stadtgesellschaft, die mit den Ansichten und Positionen politisch Andersdenkender sachlich sowie ohne Ausgrenzung und ‚Cancel Culture‘ umgeht und offene Diskussion zulässt?

Unterschrift:

gez.

Dr. Florian Sander

Vorsitzender der AfD-Ratsgruppe Bielefeld